

## Soziale Ungleichheit und Teilhabe: Familien fördern – Kinder stärken – Politik herausfordern

Prof. Dr. Benjamin Benz  
Evangelische Hochschule RWL

Sehr geehrte Damen und Herren,  
oder gehaltvoller: Liebe Kinder dieser Erde, neben anderen Kindern dieser Erde,  
oder – für meinen Beitrag vielleicht am passendsten: Liebe Mitbürger\_innen,

aber da fangen die Probleme schon an: Mitbürger\_innen? Sind das auch Minderjährige, sind das auch Menschen ohne deutschen Pass? Wollten Sie mich zu Beginn dieser Tagung fachlich so richtig in Wallung bringen, könnten Sie den Blick auf die Einwohner\_innen dieses Landes richten, die heute als Familienclans vor allem im Ruhrgebiet und in Berlin Großaufgebote der Polizei auf sich ziehen, weil sie mit Drogen handeln, Quartiere unsicher machen und für Bandenkriminalität stehen. Warum bringt mich das in Wallung?

Weil meine erste Tagesfortbildung im Vorpraktikum zum Studium der Sozialarbeit 1992 zu eben jenen (damaligen) Kindern und Jugendlichen stattfand, die bereits 1992 (vor 26 Jahren) Stress machten in den umliegenden Städten. Ein wesentlicher Aspekt zum Verständnis des Phänomens war auf diesem Fachtag der Einblick in die Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen. In den 1980er Jahren vor dem libanesischen Bürgerkrieg (oder doch als Kurden aus der Türkei?) nach Deutschland geflohen, befanden sie sich in einer Endlosschleife. Mitbürger\_innen (mit Wahlrecht und Freizügigkeit) waren sie eben gerade nicht, sondern halbjährlich geduldete Personen, Familien, Kinder mit ‚Residenzpflicht‘, deren ausländerrechtliches Verfahren jahrelang (inzwischen eben: jahrzehntelang) nicht vorankam. Der libanesischer Staat prüft, ob es sich überhaupt um eigene Landsleute handelt. Der deutsche Staat verlängert einstweilen halbjährlich die Duldung. Der libanesischer (und türkischer) Staat prüft, ob es sich ... .. und so weiter. Also, der kleine Benni lernt 1992, dass mit einer Duldung ein Ausbildungsplatz kaum zu finden ist und ohnehin ja nicht klar ist, ob es hier in Deutschland noch länger als ein paar Monate weitergeht. Die libanesischen Familien suchen sich (ihren Möglichkeiten entsprechende) Nischen in der deutschen Lebenswirklichkeit, auch solche, die nicht akzeptabel sind und damals wie heute zu Recht von der Polizei bekämpft werden.

Warum erzähle ich Ihnen das? Weil es zeigt, wie sehr wir in der Lage sind, soziale Probleme zu verdrängen oder einfach nicht wahrzunehmen, weil sie mit unserer Lebenswirklichkeit (vermeintlich) so gar nichts zu tun haben. Das Problem ist den libanesischen Familien, dem kleinen Benni, den Polizeiakademien, Ausländerbehörden und Fachpolitiker\_innen aber seit mehr als 26 Jahren bekannt. Das an meinem Fortbildungstag geborene libanesischer Kind holt gerade als Mama oder Papa sein Kind in der KiTa ab, 26 Jahre später – aber es tut sich: nichts. Nichts? Fast nichts. In Essen etwa wird nun endlich versucht, einem

Teil (der sich ‚wohlverhält‘) nun Perspektiven zu eröffnen.<sup>1</sup> Geht also zumindest lokalpolitisch doch etwas? Welche Rolle kann da die Jugendhilfe spielen?

## Gliederung

1. Lebensbedingungen von Kindern und Familien
2. Ansprüche von Politik und pädagogischer Praxis
3. pädagogische und politische Professionalität
4. begrenzte Handlungsspielräume, Politik herauszufordern

Wir sind zum Thema „Soziale Ungleichheit und Teilhabe“ zusammengekommen und es soll darum gehen, Familien zu fördern, Kinder zu stärken und Politik herauszufordern. Dazu will ich nachfolgend (einiges haben wir ja schon gehört) beitragen, mit ein paar Bemerkungen

1. zur Lebenslage von Kindern und Familien, unter denen die der geduldeten libanesischen Familien eben nur eine sehr besondere, neben anderen mehr oder weniger besonderen Lebenslagen ist.
2. Zweitens zum familienpolitischen Anspruch und fachpraktischen Anspruch, mit dem ich verschiedene Lebenslagen spiegeln will. Dies führt
3. zu Überlegungen, ob und inwiefern pädagogische Professionalität auch eine politische Dimension hat, die sich
4. konkretisieren lässt anhand von Beispielen aus Interviews mit Fachkräften der kommunalen (also öffentlichen) Jugendhilfe.<sup>2</sup>

### 1. Lebensbedingungen von Kindern und Familien

Was kann man eigentlich sinnvollerweise über *die* Lebensbedingungen von *den* Familien und Kindern sagen? Denn *die* Familie ist eine für viele Aussagen viel zu weite soziologische Kategorie – das ist Teil des eben angesprochenen Verdrängungs- und Wahrnehmungsproblems, das einen zur Frage sozialer Ungleichheit so in Wallung bringen kann. Die Ungleichheiten/Gleichheiten von Familien sind die Ungleichheiten/Gleichheiten dieser Gesellschaft insgesamt. Dazu zwei Lesarten, die beide ihre Berechtigung haben:

Erste Lesart: Kindern und Familien geht es in Deutschland insgesamt prächtig! Wir haben keine Verhältnisse wie in Brasilien. Es gibt kaum Straßenkinder und wo es sie gibt, gibt es Hilfen für sie. Fast alle Familien haben Anspruch auf Sozialhilfe. Wir leben in einem Land mit bereits langjährigem Konjunktur-

<sup>1</sup> Leue, Vivien (2016): Kampf um Anerkennung – auch nach Jahrzehnten in Deutschland, [www.deutschlandfunk.de/integration-von-fluechtlingen-kampf-um-erkennung-auch.724.de.html?dram:article\\_id=354224](http://www.deutschlandfunk.de/integration-von-fluechtlingen-kampf-um-erkennung-auch.724.de.html?dram:article_id=354224) [21. September 2018].

<sup>2</sup> Siehe hierzu ausführlich Benz, Benjamin (2018): Hilfe unter Protest – begrenzte Handlungsmöglichkeiten nutzen, in: Schäfer, Gerhard K. / Montag, Barbara / Deterding, Joachim (Hg.): „Arme habt ihr immer bei euch“, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 429-445.

hoch, mit Beschäftigungsrekord, mit sprudelnden Steuereinnahmen, mit verbesserten familienpolitischen Leistungen. Ein Land mit immensem Privatvermögen, das jetzt und in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zur Vererbung ansteht. Ein Land mit Rechtsanspruch auf Krippen- und KiTa-Plätze, mit Spielplatzbedarfsplanung und unentgeltlicher Familienberatung. Das ist die eine real-existierende Wirklichkeit und sie spiegelt sich auch in der amtlichen Statistik:

## 1. Lebensbedingungen von Kindern und Familien

### Lesart 1

- 60%-Armuts(gefährdungs)quote: 2005 = 14,7 %  
2007 = 14,3 %  
2009 = 14,6 %  
2011 = 15,0 %  
2013 = 15,5 %  
2015 = 15,7 %  
2017 = 15,8 %

... 2 Erwachsene, 2 Kinder: zw. 10,4 - 12,0 % (→)

... ohne Migrationshintergrund: zw. 11,1 - 12,6 % (→)

Quelle: Statistisches Bundesamt (Stand: 18.9.2018), [www.destatis.de](http://www.destatis.de) [21.9.2018].

Zur zweiten Lesart:

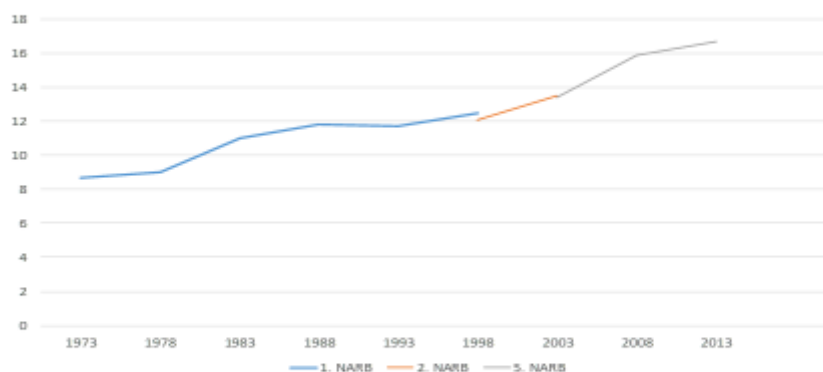
## 1. Lebensbedingungen von Kindern und Familien

### Lesart 2

- 60%-Armuts(gefährdungs)quote: 2005 = 14,7 % d. Bev.  
2017 = 15,8 % d. Bev.
  - ... Geschlecht weiblich: 14,4 - 16,3 (↑)
  - ... unter 18 Jahren: 18,2 - 20,4 % (↑)
  - ... 18-25 Jahre: 22,3 - 26,0 % (↑)
  - ... 2 Erwachsene, min. 3 Kindern: 22,4 - 29,1 % (↑)
  - ... ohne dt. Staatsangehörigkeit: 31,5 - 36,2 % (↑)
  - ... 1 Erwachsene/r mit Kindern: 37,0 - 43,8 % (↑)
- 200%-Reichtumsquote: 2005 = 7,7 % d. Bev.  
2017 = 8,1 % d. Bev.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Stand: 18.9.2018), [www.destatis.de](http://www.destatis.de) [21.9.2018].

# 1. Lebensbedingungen von Kindern und Familien



bis 1988 Westdeutschland, ab 1993 Gesamtdeutschland  
Armut(nisiko)grenze: 60 % Median Nettoäquivalenzeinkommen (neue OECD-Skala), Quellen:  
für 1973-1998: 1. NARB, S. 39 (Richard Hauser / Irene Becker)  
für 1998-2003: 2. NARB, S. 21 (EVS)  
für 2003-2013: 5. NARB, S. 556 (EVS)

Ich bin 1973 geboren und meine grauen Haare werden schon deutlich mehr. Seit 45 Jahren steigt die Armutsquote, nicht abrupt, sondern schleichend, was Gewöhnungseffekte verstärkt. Ich warne vor dieser Gewöhnung. Wir verharren auf hohem Armutsniveau bzw. haben sogar weiter leichte Steigerungen der Armutsquote trotz des Konjunkturhochs, trotz Beschäftigungs- und Steuerhochs, trotz deutlich mehr Kita-Angeboten und Ganztagschulen. Und absehbar sind die Schuldenbremse (2020), der nächste Abschwing im Konjunkturzyklus und (geplant) der sog. Europäische Fiskalpakt. Das muss ja zu denken geben.

Wachstum, Arbeit, Bildung wirken offensichtlich nicht so pauschal als Schlüssel gegen Armut. Wachstumsförderung in Form einer Deregulierungs- und Niedriglohnstrategie produziert eben auch Working-Poor. Ökonomisierungspolitiken im Gesundheits- und Pflegewesen (siehe unter dem Druck zusammenklappende Fachkräfte) und Privatisierungspolitiken im Wohnungswesen (Mietwucher, Marktversagen) produzieren eben auch Verlierer. Ein weiterhin sozial sortierendes Bildungssystem auch.

Wachstum, Arbeit, Bildung können auch dann nicht jeweils für sich oder gemeinsam der Schlüssel gegen Armut und soziale Ungleichheit sein, wenn die sekundäre Verteilung von Einkommen und Wohlstand in die entgegengesetzte Richtung gelenkt werden. An die Einkommensteuerreformen der frühen 2000er Jahre (im Interesse etlicher Familien) lässt sich hier ebenso denken, wie an die Erbschaftssteuerreform und die Aussetzung der Vermögenssteuer. Ebenfalls im Interesse zumindest einiger Familien. Im sozialen Leistungsrecht denke man an die Verteilungswirkung ‚geschliffener‘ (Arbeitslosenhilfe), unzureichend bemessener und ‚dynamisierter‘ (Sozialhilfe/Hartz IV) und nicht armutsfest ausgestalteter Geldleistungssysteme (Kindergeld, Rente). Nochmal: *zugleich* gibt es armutsbekämpfende und familienpolitische Bemühungen (Kinderzuschlag, Grundsicherung im Alter, Rechtsanspruch auf Krippen- und Kitaplätze). Aber in der Summe und gespiegelt mit den soziale Ungleichheit fördernden Politiken reichen sie nicht zur Förderung von Teilhabe und Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit.

Aber stört uns die Armutsentwicklung wirklich, mit ein/zwei Kindern im Mittelschichtsviertel wohnend? Die meisten Einwohner\_innen, Wähler\_innen, Entscheidungsträger\_innen sind ja nicht kinderreich, alleinerziehend, zugewandert.

Eine Besonderheit der Armut im Jugendalter möchte ich kurz ansprechen, um die Dramatik für und Vulnerabilität von Armut im Jugendalter in Erinnerung zu rufen, um uns und andere vielleicht doch nicht erfolgreich verdrängen zu lassen. Kindheit bedeutet kurze Etappen mit schnell aufeinander folgenden Weggabelungen. Für einen Erwachsenen sind vierjährige Armutsphasen misslich, bleiben im Lebensverlauf aber Episode. Für Kinder aber prägen vier Jahre die gesamte Kindergarten- oder Grundschulzeit, prägt das eine Armutsjahr den Übergang zur und das sich Einfinden in die weiterführende Schule, beeinflusst die bekanntermaßen diskriminierungsrisikante Wohnadresse die Bewerbungsphase um einen Aus-

bildungsplatz. Hier mutiert man sogar binnen weniger Monate vom frischen Schulabgänger zum problematischen Altfall.

Im Generationenvergleich (Kinder / Erwachsene) nicht so besonders sind die Umgehensweisen mit Armutserfahrungen: Eine ist besonders, das frühzeitige Erwachsenwerden, im Wunsch, den Armutslagen der Herkunftsfamilie zu entfliehen. Andere aber sind auch unter Erwachsenen bekannt: der Rückzug ins Quartier oder in digitale Ersatzwelten. Im Extrem (bei wiederholten oder langanhaltenden Ohnmachtserfahrungen): Apathie und/oder Gewalt – nicht selten unter Betroffenen oder nach noch weiter unten trendend. Was lässt einen eigentlich wundern, dass Armut – also dass strenge Haushalten müssen mit allem, was Aufwand bedeutet – sich nicht auch im Maß sozialer, politischer und wirtschaftlicher Teilhabe, Aktivität, Zuversicht und Tatendrang niederschlägt?

Zur zweiten (soziale Polarisierungen markierenden) Lesart unserer Verhältnisse eine Konkretion:

- Bochum-Stiepel (ganz im Süden der Stadt, schön an der Ruhr gelegen): unter hundert Kindern (0-14 Jahre) finden Sie nur knapp zwei (1,7) im Hartz-IV-Bezug.<sup>3</sup> Die Wohnkosten sind hoch, die Straßen ruhig, das Klassenzimmer auch. Hier wohnend, fahren Sie in die Innenstadt, wenn Sie etwas Bestimmtes vorhaben, shoppen, zum Hauptbahnhof oder in die Cafés. Von der Armutquote hier im sog. Gleisdreieck oder im angrenzenden Stadtteil Stahlhausen oder in Wattenscheid-Mitte oder in Querenburg (an der Ruhr-Uni) bekommen Sie aber wenig mit.
- Wenn Sie in den letztgenannten Stadtvierteln zwei Kinder sehen, ist eines mit seiner Familie vermutlich auf Sozialhilfe (Hartz IV) angewiesen: über 40 Prozent aller Kinder. Was das für die Infrastruktur bedeutet, das gesellschaftliche Mikroklima vor Ort, die Hoffnungen und Nöte, erfährt man erst, wenn man vor Ort geht, dort innehält, zuhört. Mit langen Pausen, um wahrzunehmen – das Verdrängen und sich Arrangieren, aber auch die Normalität, Zähigkeit und trotzige Kreativität. Zumal die Armut sich eher unauffällig verhält, selten schreit, eher nicht ins Haus kommt, eher nicht teilnimmt.

Nun kommen ja die wenigsten von Ihnen aus Bochum. Aber Sie können auch in den Nachbarstädte schauen (die Lage ist dort ähnlich) oder einfach daheim in die amtliche Sozialberichterstattung oder Wahlstatistik. Dann wissen Sie, wo jeweils die gesellschaftliche ‚Normalität‘ und wo die sozialen Pole (mit ihren differenten ‚Normalitäten‘) sind.

## 1. Lebensbedingungen von Kindern und Familien

### Wahlbeteiligung in Gelsenkirchen

(Kommunalwahl 2014, Wahlen zum Rat der Stadt)

Gelsenkirchen Buer-Ost	60,0 %
Gelsenkirchen Ückendorf-Süd	52,3 %
Gelsenkirchen Buer-Nord	50,4 %
Gelsenkirchen	43,1 %
Gelsenkirchen Ückendorf-Nord	36,1 %
Gelsenkirchen Scholven	35,3 %
Gelsenkirchen Schalke-Ost	34,2 %

<sup>3</sup> Stadt Bochum (2015): Sozialbericht Bochum 2015, [www.bochum.de/C12571A3001D56CE/currentbaselink/W2AX9FJX087BOCMDE/\\$FILE/Sozialbericht\\_Bochum\\_2015.pdf](http://www.bochum.de/C12571A3001D56CE/currentbaselink/W2AX9FJX087BOCMDE/$FILE/Sozialbericht_Bochum_2015.pdf) [21. September 2018], S. 66.

Mein Schlenker zur Wahlbeteiligung ist mit dreifachem Bedacht gewählt. Erstens: Unterschiedliche Politiken zur sozialen Gleichheit und Ungleichheit stellen sich auch zur Wahl. Zweitens: Soziale Ungleichheit zeigt sich nicht nur materiell, sondern auch partizipativ, etwa in der Wahlbeteiligung Erwachsener. Drittens: In der Wahlbeteiligung von Kindern zeigt sie sich gerade nicht. Hier – in der politischen Partizipation – wird noch eine andere Scheidelinie sozialer, politischer, ökonomischer Stärke und Schwäche relevant, die zwischen Erwachsenen und Kindern.

Die soziale Polarisierung und ihre räumliche Segregation, die in der zweiten Lesart der sozialen Ungleichheit in unserer Gesellschaft deutlich wurde, ist eine sehr umfassende. Sie zeigt sich nicht nur in Armutsquoten, sie zeigt sich im Konsum, in den Wohnungs- und Wohnumfeldbedingungen, in der Spreizung von Einkommensgefällen innerhalb eines Betriebes und schließlich auch in der Wahlbeteiligung und ihrem Ausgang. Auch hier sehen wir eine Polarisierung der parteipolitischen Landschaft in den Parlamenten. Polarisierung zeigt sich in weniger homogenen bzw. kaum sozial ‚durchmischten‘ Schulen in meinem Wohnort und im Elternbeitragsaufkommen in den dortigen KiTas, die extrem unterschiedlich sind.

Sie zeigt sich schließlich in der politischen Kommunikation in ‚Gummimauern‘ (so sagt es etwa die Oberhausener Sozialdezernentin), vor die Lokalpolitiker\_innen aus dem Ruhgebiet teils in Düsseldorf und chronisch in Berlin (selbst in ihrer jeweils eigenen Partei) laufen, wenn sie dort die Lage ihrer seit den 1990er Jahren mehr als klammen Kommunen ansprechen. Sie dringen vielleicht noch beim Termin mit ihren Anliegen durch und stoßen auf Verständnis. Danach aber kommt der nächste Gesprächstermin. „Und die Lage der kommunalen Haushalte im Bundesgebiet ist doch eigentlich gar nicht so schlecht.“ Das stimmt sogar. Schon im Münsterland gibt es Überschüsse, bestehen Gestaltungsspielräume, die kommunale Räte im Ruhrgebiet zuletzt vor über 20 Jahren hatten. Wer kann sich die Attraktivität von Ratsarbeit in einer Kommune vorstellen, in der Sie seit über 20 Jahren mit Kürzen beschäftigt sind und sich – dem ‚Prinzip der zu kurzen Decke‘ folgend – zwischen Interessen des Kämmerers, der Wirtschaftsförderung und des Sozialsektors aufreiben? Schon im Münsterland können das vermutlich wenige imaginieren. Ihre politische Lebenswirklichkeit ist es jedenfalls nicht. So bestehen in Deutschland Fachkräftemangel und chronisches Ausbildungsplatzdefizit *nebeneinander*. Aus München habe ich noch nichts über „no go areas“ gehört; aus Duisburg noch nichts vom Problem von Durchschnittsmieten von 17,90 €/m<sup>2</sup>.<sup>4</sup> Aber auch im Ruhrgebiet lässt es sich in der gleichen Stadt wenige Kilometer vom ‚sozialen Brennpunkt‘ entfernt ganz hervorragend leben. Verstehen und verständigen wir uns also noch hilfreich, wenn selbst ‚gleichwertige‘<sup>5</sup> Lebensverhältnisse immer weniger gegeben sind?

Hermann Heller hat in der Zeit der Weimarer Republik davon gesprochen, dass – zumal in einer Demokratie – ein „bestimmtes Maß sozialer Homogenität (...) gegeben sein [muss], damit politische Einheitsbildung [gewaltfreie Verständigung, Kompromissuche] überhaupt möglich sein soll.“<sup>6</sup> Wir sind nicht in Brasilien, wo Spannungen, Konflikte, Interessensgegensätze weniger in Verständigung unter (in ihren Lebenschancen einander relativ sozial angeglichenen) Personen und sozialen Gruppen ausgetragen werden, sondern in erschreckendem Maße über soziale Parallelwelten und nackte Gewaltandrohung und -ausübung ausgehalten und zementiert werden. Aber die Fliehkräfte haben schleichend zugenommen und nehmen weiter zu.

Demokratische Verständigung fußt auf dem Recht, mitzubestimmen. Kinder haben Interessen und eigentlich reicht ihre Betroffenheit von einem Sachverhalt allein aus (nicht erst ihre politische Kompetenz), um sie als politischen Mitspieler akzeptieren zu müssen.<sup>7</sup> Wird man – neben der Pass-Frage – Mitbürger\_innen dieses Landes erst mit 18 Jahren? Jedenfalls haben Kinder zwar politische Interessen, sie haben aber kein Wahlrecht und vielleicht sind Parlamentswahlen ja auch nicht der richtige Modus. Nur: Sie sind in Kategorien der Interessengruppenforschung<sup>8</sup> gesprochen a) wenig organisierungsfähig (haben als hoch

<sup>4</sup> Zu Mietpreisen von Wohnungen (€/m<sup>2</sup>) im Vergleich deutscher Großstädte siehe etwa: Das Parlament vom 17. September 2018, S. 9.

<sup>5</sup> Siehe Art. 72 Abs. 2 GG; von 1949-1994 ist hier von ‚einheitlichen‘ Lebensverhältnissen die Rede.

<sup>6</sup> Heller, Hermann (1928): Politische Demokratie und soziale Homogenität, in: Münkler, Herfried (1997<sup>2</sup>): Politisches Denken im 20. Jahrhundert, München / Zürich: Piper, S. 196-201 (hier: S. 197).

<sup>7</sup> Siehe hierzu Richter, Elisabeth / Lehmann, Teresa / Sturzenhecker, Benedikt (2018): Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen, in: Ruppin, Iris (Hg.): Kinder und Demokratie, Weinheim / Basel: Beltz Juventa, S. 73-95 (hier: S. 73, 84).

<sup>8</sup> Siehe hierzu für das Sozialwesen: Toens, Katrin / Benz, Benjamin (Hg.) (i.E.): Schwache Interessen? Politische Beteiligung in der Sozialen Arbeit, Weinheim / Basel: Beltz Juventa.

fluide Gruppe wenig Möglichkeiten, sich einigermaßen beständig zusammenschließen) und b) wenig konfliktfähig (im Sinne eines Gutes, das sie im Konfliktfall vorenthalten könnten) und damit zusammenhängend c) auf sich allein gestellt, nicht einflussreich im politischen Geschäft. Sie sind vielmehr besonders vulnerabel (verletzlich, auch in ihren Interessen). Sich mit der Selbstvertretung von, Anwaltschaft für und Mitbestimmung durch Kinder (aber auch Fachkräfte!) <sup>9</sup> im frühpädagogischen Handlungsfeld auseinanderzusetzen, ist demnach von besonderer Bedeutung für eine Tagung, die sich den Zusammenhängen von „Sozialer Ungleichheit und Teilhabe“ (als auch politischer Teilhabe) widmen möchte.

## 2. Ansprüche von Politik und pädagogischer Praxis

Damit komme zu meinem zweiten Punkt, der Konfrontation von Ansprüchen der Familienpolitik mit denen pädagogischer Praxis. Eben ging es mir um die Berechtigung beider Lesarten sozialer Ungleichheit. Daher nochmal: Dem Gros der Deutschen (und Kindern in Deutschland) geht es gut. Sie erleben Armut nur im öffentlichen Raum. Auch jetzt geht es mir nicht um die guten Fachkräfte und die bösen Politiker\_innen, zumal diese Gegenüberstellung ohnehin nicht trägt. Familien-, Kinder-, Sozialpolitiker\_innen sind meist Lobbyisten fürs Soziale in ihren Fraktionen, kommen nicht selten aus dem Feld pädagogischer Praxis, sitzen in Vorständen sozialer Träger, haben das Herz an der richtigen Stelle, wirken teils in menschenfreundlichen sozialen Bewegungen mit (diese Spezifizierung – menschenfreundliche/menschenunfreundliche Bewegungen – muss man ja inzwischen wieder machen). Und es gibt auch politisch wenig interessierte bis Politik-averse Fachkräfte, denen – so meine These gleich – damit ein Stück Professionalität fehlt. Und auch auf politische Programme statt Personen bezogen, kann es auch hier nicht um ein Politikbashing gehen. Die eingangs kritisierte Duldungspolitik besteht *zugleich*, besteht *neben* dem Ausbau des Unterhaltsvorschusses. Armutspolitisch unzureichende Regelsätze in der Grundsicherung bestehen *neben* dem neuen Baukindergeld, dem ‚Gute-Kita-Gesetz‘, der massiven Steigerung der Militärausgaben. Fragmentierte Politik mit Licht und Schatten. Im Ergebnis jedoch eine, die seit Jahrzehnten die Armutsbetroffenheit langsam und stetig steigen lässt. Sie – die Politik – formuliert aber parteiübergreifend selbst den Anspruch, Familien zu fördern, Kinder zu stärken und soziale Ungleichheit im Zaum zu halten.

Daher: Wenn im Folgenden Ansprüche politischer Entscheidungsträger\_innen und pädagogischer Fachkräfte gegenübergestellt werden, muss bedacht werden, dass sich eine ‚richtige‘ Politik natürlich nicht wissenschaftlich objektiv – wertfrei – feststellen ließe. Was aber fachwissenschaftlich und fachpraktisch durchaus möglich ist, ist Politik in drei unterschiedlichen Hinsichten kritisch zu hinterfragen:<sup>10</sup>

### 1. Logische Stringenz

Politik kann an ihren eigenen Zielen gemessen werden: Kann diese Politik mit den vorgesehenen Mitteln die formulierten Ziele erreichen?

Und dieses Ziel-Mittel-Verhältnis lässt sich auch auf seine Konsistenz hin befragen, etwa: Ist die Art der vorgesehenen Maßnahmen/Regelungen überhaupt in der Lage, die Ziele zu erreichen (Beispiel: geschlossene Heime zur Förderung eigenständiger und gemeinschaftsfähiger Persönlichkeiten)?

### 2. Wie ist die Effektivität und Effizienz einer praktizierten oder beabsichtigten Politik einzuschätzen?

### 3. Wie ist es um die Legitimität einer praktizierten oder beabsichtigten Politik bestellt? Genügen Ziele und Mittel garantierten Menschen- und Bürgerrechten sowie berufsethischen Standards?

Was sind nun – beispielhaft genannt – für unser Diskussionsfeld relevante Ansprüche von Politik und pädagogischer Praxis? Ausgewählt habe ich hier nur Beispiele, wo es ‚knirscht‘. Nochmal: Wir leben ja nicht in einem einzigen großen politischen Jammertal.

<sup>9</sup> Zu diesen drei Kategorien s. Benz, Benjamin (2013): Politische Interessenvertretung in der Sozialen Arbeit, in: Benz, Benjamin / Rieger, Günter, Schönig, Werner / Többe-Schukalla, Monika (Hg.) (2013): Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse, Weinheim / Basel: Beltz Juventa, S. 70-84.

<sup>10</sup> Siehe hierzu Benz, Benjamin / Rieger, Günter (2015): Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 91 ff..

## 2. Ansprüche von Politik und pädagogischer Praxis

Politik	Fachpraxis	Prüfung
<p>„Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ (§ 1 Abs. 1 SGB VIII)</p> <p>„Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere (...) dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“ (§ 1 Abs. 3 SGB VIII)</p>	<p>„Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere (...) dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für (alle, auch bislang einkommensarme) junge Menschen und ihre Familien sowie eine (für alle Familien) kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“ (§ 1 Abs. 3 SGB VIII)</p> <p><a href="https://eaf-nrw.de/sites/default/files/2017%20eaf-nrw_Positionspapier-Kinderarmut.pdf">https://eaf-nrw.de/sites/default/files/2017%20eaf-nrw_Positionspapier-Kinderarmut.pdf</a> [21.9.2018], S. 21</p>	<p><b>Logische Stringenz:</b></p> <p>Werden die Mitobergrenzen (SGB II) vor Ort so restriktiv ausgestaltet, dass soziale Segregation gute Bedingungen und Umwelten des Aufwachsens infrage stellen?</p> <p>Besteht zwischen wesentlich gleichen Ressourcen für KiTas, die in wesentlich ungleichen Sozialräumen liegen, ein Widerspruch?</p>

## 2. Ansprüche von Politik und pädagogischer Praxis

Politik	Fachpraxis	Prüfung
<p>Bildungs- und Teilhabepaket (2011): „Leistungen, die tatsächlich beim Kind ankommen.“</p> <p>... in Reaktion auf das BVerfG-Urteil zur Unangemessenheit der Regelsätze im SGB II bezogen auf die Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen</p>		<p><b>Effektivität/Effizienz:</b></p> <p>„(...) profitieren nur weniger als 15 Prozent der Schülerinnen und Schüler unter 15 Jahren im Hartz-IV-Bezug von den sogenannten „soziokulturellen Teilhabeleistungen““</p> <p><a href="http://www.der-paritaetische.de/presse/kinderarmut-nicht-einmal-15-prozent-der-6-bis-unter-15-jaehrigen-profitieren-von-teilhabeleistungen/">www.der-paritaetische.de/presse/kinderarmut-nicht-einmal-15-prozent-der-6-bis-unter-15-jaehrigen-profitieren-von-teilhabeleistungen/</a> [21.9.2018]</p>



## 2. Ansprüche von Politik und pädagogischer Praxis

Politik	Fachpraxis	Prüfung
Art. 1 GG § 1 SGB II § 1 SGB VII § 1 SGB XII  § 31 SGB II (Totalsanktionen) § 23 SGB XII (5-Jahres-Ausschluss für Ausländer_innen)	„Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere (...) dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für (alle, auch bislang einkommensarme) junge Menschen und ihre Familien sowie eine (für alle Familien) kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“ (§ 1 Abs. 3 SGB VII)  <a href="https://eaf-nrw.de/sites/default/files/2017%20eaf-nrw_Positionspapier-Kinderarmut.pdf">https://eaf-nrw.de/sites/default/files/2017%20eaf-nrw_Positionspapier-Kinderarmut.pdf</a> [21.9.2018], S. 21	<b>Legitimität:</b> Sind  - die Totalsanktionierung (SGB II) junger Menschen in der Familiengründungsphase - der fünfjährige Ausschluss von EU-Bürger_innen von Sozialhilfe (SGB XII)  vereinbar mit  - dem Grundgesetz (Art. 1) - der Zielbestimmung des SGB II und XII (jeweils § 1) - dem Ziel der Jugendhilfe (§ 1 SGB VII)?

Wir sehen: Große Harmonie in den Zielen ... .. und massive Kritik und Zweifel!

### 3. pädagogische und politische Professionalität

Hat pädagogische Professionalität dann nicht auch eine politische Seite? Oder halten wir es lieber mit Hans Scherpner<sup>11</sup>, der 1962 im Helfer/der Helferin (den sozialen Berufen und dem ihnen zugeschriebenen Motiv der Hilfsbereitschaft) den „Gegentypus“ zum Politiker/zur Politikerin (mit ihrem Streben nach Macht) sieht?

Schon der ‚Erfinder‘ des Begriffs der ‚Social-Pädagogik‘, Karl Mager, würde wohl für eine politische Dimension sozialpädagogischer Professionalität plädieren, wenn er 1844 schreibt:

### 3. pädagogische und politische Professionalität

#### Karl Mager (1844)

„Es ist gewiss, dass die neuere Pädagogik (...) den Fehler hat, nur Individualpädagogik zu sein, und darum habe ich mehrmals darauf hingewiesen, dass jetzt die Wissenschaft weiter gefasst, dass sie durch die **Staats-** oder **Collektivpädagogik** vervollständigt (...) werden muss (...) diese[.] **Social-Pädagogik**“.

Mager, Karl W. E. (1844), zit. nach Müller, Carsten (2013): Sozialpädagogik als Erziehung zur Demokratie, in: Benz, Benjamin u.a.: Politik Sozialer Arbeit, Band 1, Weinheim: Beltz Juventa, S. 184.

<sup>11</sup> Scherpner, Hans (1962): Theorie der Fürsorge, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 133.

Sozialpädagogik, Frühpädagogik, Kindheitspädagogik ist öffentliche, im Gemeinwesen stattfindende Pädagogik. Sie kann beanspruchen, öffentliche, gemeinwesenbezogene Fragen gerade nicht der Politik zu überlassen und sich nicht auf die Pädagogik in der Dyade Fachkraft-Kind / Fachkraft-Klient\_in reduzieren zu lassen.

Ihre ureigenen Fragen sind hoch politisch: Wie gehen wir in unserer Einrichtung mit Gewalt und Störungen um, wie mit Verschiedenheit und dem Anspruch der Gleichheit (bezogen auf soziale Klassen, auf Geschlechterrollen, Ethnien, Behinderungen usw.), wie mit der wachsenden Fähigkeit und dem wachsenden Bedürfnis von Kindern, Entscheidungen in ihren Belangen mitzubestimmen? Diese politisch angefragte Pädagogik oder pädagogisch begründungsbedürftige Politik innerhalb pädagogischer Angebote ist etwas anderes, als extern die öffentliche Meinung oder gezielt die Lokal-, Landes- oder Bundespolitik adressieren zu wollen. Aber beides lässt sich kaum trennen. Ich kann nicht für Kinderrechte in der großen Politik eintreten, Mitbestimmung in den eigenen Angeboten aber außen vor halten wollen. Umgekehrt schreit eine Konzeption der Anerkennung von Vielfalt in der eigenen Einrichtung danach, sich auch zur Anerkennung von Vielfalt im Leben der Kinder und Familien außerhalb der Einrichtung zu verhalten – etwa menschenunfreundlichen sozialen Bewegungen, Ratsmitgliedern und Amtsträger\_innen gegenüber.

Politisch ist die Frühpädagogik durch und durch auch in dem Sinne, dass vorschulische Einrichtungen („Fremd(?)betreuung“) und der Zugang zu ihnen selbst ein Politikum sind. Bekanntlich hat erst der Rechtsanspruch das Marktversagen überwunden, zuerst beim KiTa-, dann beim Krippenangebot. Diana Franke-Meyer hat erst jüngst wieder in Erinnerung gerufen, dass Kindergärten in Preußen zunächst gar verboten wurden, denn (so das dortige Kultusministerium): „(...) die nach den Systemen von Friedrich und Karl Fröbel eingerichteten sogenannten Kindergärten und Schulen“ seien „als gemeingefährlich nicht weiter zu dulden“.<sup>12</sup> Auch das Gegenteil zum Verbot hat der Kindergarten erfahren, Instrument zu sein zur Durchsetzung politischer Interessen (etwa nach verlässlicher Verfügbarkeit von Eltern für den Arbeitsmarkt) bis hin zur Herausbildung eines neuen Menschen, des Ariers, des sozialistischen Menschen oder der Demokratin/des Demokraten im Zuge der Reeducation nach 1945.

Ich belasse es bei diesen Hinweisen zum politischen Charakter auch pädagogischer Angebote und Professionalität und komme zum letzten Punkt: der Frage nach der Nutzung begrenzter (!) Handlungsmöglichkeiten (!).

#### **4. begrenzte Handlungsspielräume, Politik herauszufordern**

Denn was nützt die ungleichheitsbezogene Problemanzeige oben, was nützen die Beispiele zur Hinterfragung politischer Maßnahmen und was würde schließlich die Reklamation einer auch politischen Dimension pädagogischer Professionalität nutzen, bliebe im Feld pädagogischen Handelns kein Raum zum (auch) politischen Handeln; bliebe kein Raum, Politik herauszufordern?

Zunächst: Fachkräfte haben Handlungsalternativen, wie etwa Ulrike Eichinger in ihrer Systematisierung unterschiedlicher Umgehensweisen mit belastenden Arbeitsbedingungen sozialer Fachkräfte herausgearbeitet hat, die politisch herausfordernd sein können, aber auch jenseits dessen Handlungsmöglichkeiten suchen und finden:

- Sie können optimistisch und loyal für die schwierigen Bedingungen „[o]ffen sein und eine positive Grundhaltung einnehmen“ oder beibehalten.
- Sie können „[b]eharren bzw. Dienst nach Vorschrift“ machen,
- eine „Guerilla-Taktik oder die Strategie des passiven Widerstands“ entwickeln.
- Sie können „[p]ragmatisch sein und sich für den Einzelnen engagieren“ und schließlich

---

<sup>12</sup> Franke-Meyer, Diana (2018): „... mir graut vor philosophischen Weibern. Schnittstellen zwischen Kindergartenbewegung und bürgerlicher Frauenbewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Franke-Meyer, Diana / Kuhlmann, Carola (Hg.): Soziale Bewegungen und Soziale Arbeit, Wiesbaden: Springer VS, S. 51-62 (hier: S. 57).

- „[k]ritisch sein und sich für strukturelle Verbesserungen engagieren“<sup>13</sup>.

Auf der letzten Möglichkeit soll abschließend – in O-Tönen und ohne viel Kommentierung – mein Fokus liegen. Mit ein paar Hinweise im Stakkato, 2016 gewonnen von selbst- und gesellschaftskritischen Fachkräften aus der kommunalen Jugendhilfe in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz: ein\_e Jugendzentrumsmitarbeiter\_in, ein\_e Jugendhilfeplaner\_in, ein\_e Jugendamtsleiter\_in.

## 4. begrenzte Handlungsspielräume, Politik herauszufordern

### Interner Widerspruch von Profis

*Also es gibt ja Grenzen, die man nicht überschreiten darf. Immer wieder. Wo man dann auch vielleicht in arbeitsrechtliche Konsequenzen laufen würde. Also da muss man natürlich schon aufpassen. Andererseits sag ich immer wieder – auch so aus der Historie: „Es haben Menschen sich immer über Grenzen hinwegsetzen müssen. Sonst würden wir heute noch sechs Tage die Woche arbeiten und noch zwölf Stunden jeden Tag und so. Und die haben das unter viel größeren Risiken getan.“ Und ich sehe das so für uns; ich sage immer meinen Kolleginnen hier: „Was passiert euch denn, wenn ihr das macht?“ Dann sag ich immer: „Das einzige, was euch passiert ist, dass ihr von eurem Vorgesetzten etwas weniger geliebt werdet. Und das kann man doch wohl aushalten.“ [Jugendhilfeplaner\_in]*

## 4. begrenzte Handlungsspielräume, Politik herauszufordern

### Immer wieder sagen, was nicht gehört werden will

*(...) ich habe die Vorgabe gekriegt, dieses Thema „Ungleiches ungleich zu behandeln“ – also (...) diesen kurzen Satz, den darf ich nicht mehr sagen. (...) Natürlich kann ich jetzt (...) es anders nennen. (...) die Politik will eigentlich gar nicht, dass so deutlich wird, dass es so extreme soziale Unterschiede in Kindergärten und Schulen gibt, weil sie immer Angst davor haben, dass bestimmte (...) stigmatisiert werden. Und andererseits muss man aber fachlich auf diese strukturellen Unterschiede hinweisen – und muss auch unterschiedliche Ressourcen einsetzen –, weil diese benachteiligten Kinder sonst eben nicht ausreichend gefördert werden können. (...) das ist ein ständiges (...) Ausloten. Wie viel bringe ich an welcher Stelle rein (...)? Und wo mach ich mir eine Tür auch zu, wenn ich mit dem Kopf durch die Wand will? [Jugendhilfeplaner\_in]*

<sup>13</sup> Eichinger, Ulrike (2009): Zwischen Anpassung und Ausstieg. Perspektiven von Beschäftigten im Kontext der Neuordnung Sozialer Arbeit, Wiesbaden: VS Verlag, S. 186 ff..

## 4. begrenzte Handlungsspielräume, Politik herauszufordern

### Die Angewiesenheit auf kritische Anfragen

*Und (...) wenn (...) man natürlich Leute kennt, die ja auch im sozialen Bereich engagiert sind und sagt: „Kannst du das da nicht mal einbringen?“ (...) Dann ist das natürlich ein Unterschied, ob eine Geschäftsführerin einer Diakonie plötzlich eine Diskussion eröffnet, als wenn ich das sage und mir das vorher vielleicht sogar verboten wurde, das einzubringen. (...) Die dann auch mal Themen platzieren, wo ich sage: „Oh ja, wenn ich gefragt werde, jetzt als [Verwaltungsmitarbeiter\_in], dann muss ich da ja auch drauf reagieren.“ Dann habe ich ja sozusagen einen Auftrag. [Jugendhilfeplaner\_in]*

## 4. begrenzte Handlungsspielräume, Politik herauszufordern

### Das Potenzial freier Träger und der Jugendhilfeausschuss

*Wenn die mal richtig opponieren würden? Also am bestimmten Thema. Dann kann sich eine Stadt ja doch nicht hinstellen (...) und sagt einfach: „Wir stellen die Förderung für die AWO ein.“ Das ginge überhaupt gar nicht. (...) Die würden vor Gericht ziehen. Wir würden so schnell einen zwischen die Ohren kriegen. (...) auch im Jugendhilfeausschuss nehmen meines Erachtens bei uns die Träger ihre Rolle nicht wahr. Weil sie zu den meisten Dingen einfach schweigen und (...) nicht ihre aktiv gestaltende Rolle, die sie ja sogar per Gesetz haben (...) im Gegensatz zu allen anderen Ausschüssen – dass sie die nicht ausreichend wahrnehmen. Also da würde ich mir mehr Auseinandersetzung wünschen. (...) Es gibt Städte, in denen das wesentlich ausgeprägter ist [Jugendhilfeplaner\_in]*

## 4. begrenzte Handlungsspielräume, Politik herauszufordern

### Notwendigkeit v. externem Widerspruch u. Nichtmitmachen

*Ich habe in den letzten 36 Monaten nur ein einziges Mal erlebt, dass ein freier Träger bei der Anfrage, eine bestimmte Aufgabe zu übernehmen, gesagt hat: „Nee, unter den Bedingungen übernehme ich es nicht.“ Aber es war überhaupt kein Problem, dass sofort ein anderer (...) auf der Matte stand: „Aber ich mach das, unter den Bedingungen.“ Unter Bedingungen, die ich fachlich für völlig unzulässig gehalten habe (...). Die andere Frage ist, warum habe ich das überhaupt umgesetzt? (...) weil ich mich intern nicht durchsetzen konnte. Dabei ging es darum: Unter welchen Bedingungen werden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betreut? Ich (...) hatte den Dienstauftrag, unter den vorgegebenen Bedingungen einen Träger zu finden. Ich bin aber so vorgegangen in der Hoffnung, in das fachliche Gewissen der Träger zu reden (...): „Sag nein“. Wenn alle „Nein“ sagen, hätte es eine neue Chance gegeben, die Debatte noch einmal zu eröffnen. [Arbeitsleitung]*

## 4. begrenzte Handlungsspielräume, Politik herauszufordern

### Handlungsspielräume in der Politik-Umsetzung

*Dieses [Förderprojekt für Einrichtungen mit besonders vielen sozial benachteiligten Kindern], wo ja die Vorgabe war vom Land (...): „Die (...) Euro, die verteilt ihr weiter an [die Einrichtungen] (...).“ Wo wir dann gesagt haben: „Nee, wir überlegen mal, ob wir das anders machen (...) und versuchen multiprofessionelle Unterstützung in [den Einrichtungen] zu kriegen.“ (...) das hat (...) zu heftigen Protesten geführt (...): „Ihr dürft überhaupt keinen Kinder- und Jugendpsychiater oder Psychotherapeuten (...) daraus beschäftigen. Es ist kein pädagogisches Personal.“ Und (...) ich (...) gesagt habe: „Untersagen Sie uns das doch.“ (...) mittlerweile hat der Widerstand auch abgenommen.*

[Jugendhilfeplaner\_in]

## 4. begrenzte Handlungsspielräume, Politik herauszufordern

### **Politische Handlungsmöglichkeiten pädagogischer Fachkräfte (in Abgrenzung zu Leitungskräften)**

*Ich bin da als Jugendzentrumsmitarbeiter\_in in der Position,  
dass ich nicht für die Jugendlichen protestiere, sondern sie dabei  
unterstütze, dass sie sich für ihre Belange einsetzen können.  
Und bestärke sie dabei auch. Und da sind ja Jugendhilfe-  
planer\_innen und die Amtsleitungen, die sind ja davon weit weg.*  
[Jugendzentrumsmitarbeiter\_in]

Ich will mit diesen Hinweisen zu durchaus begrenzten, aber auch durchaus bestehenden politischen Handlungsmöglichkeiten von Fach- und Leitungskräften in der Jugendhilfe nicht politische Verantwortung am falschen Platz abladen. Aber ich möchte Fachkräfte, Einrichtungen, Träger und Verbände – und Studierende – damit ermutigen, die politisch offenbar chronisch schwachen Interessen von Armut bedrohter und betroffener Kinder – auch mit dem Rückenwind dieser Tagung – zu stärken.

Dabei braucht die „Verhinderung, Linderung und Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung (...) viel mehr, als in den Kräften von Trägern, Fach- und Leitungskräften des Sozialwesens liegt. Sie braucht aber auch nicht weniger als den Einsatz und die Entwicklung dieser Kräfte.“<sup>14</sup>

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

---

<sup>14</sup> Benz, Benjamin (2018): Hilfe unter Protest – begrenzte Handlungsmöglichkeiten nutzen, in: Schäfer, Gerhard K. / Montag, Barbara / Deterding, Joachim (Hg.): „Arme habt ihr immer bei euch“, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 429-445 (hier: S. 444).